



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 23. Januar 2019 – Auszug aus Drucksache 18/175 –

Frage Nummer 1

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Florian
Siekmann**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche wirtschaftlichen Folgen sich für Bayern aus einem Brexit ohne Abkommen mit der Europäischen Union (EU) ergeben würden, welche weiteren Folgen sich darüber hinaus für Bayern aus einem Brexit ohne Abkommen mit der EU ergeben würden und welche Maßnahmen die Staatsregierung zur Abwendung möglicher negativer Folgen ergreift?

Antwort der Staatskanzlei

Die Auswirkungen des Brexit auf Bayern sind, wie zuletzt im Bericht der Staatsregierung vom 29.11.2017 zu den Beschlüssen des Landtags vom 06.07.2017 (Drs. 17/17613) sowie vom 27.09.2017 (Drs. 17/18280) bereits dargestellt, vielfältig:

Wirtschaftlich bedeutet ein „no deal“-Brexit z. B. den übergangslosen Wegfall sämtlicher auf EU-Recht basierender Handelserleichterungen und einen Rückfall auf WTO-Regeln (WTO = World Trade Organization), u. a. mit Zöllen und Grenzkontrollen. Allgemein wird erwartet, dass dies zu schweren Verwerfungen wie Lieferverzögerungen oder plötzlicher Verteuerung von Produkten führt. 2017 war Großbritannien der zweitwichtigste europäische und weltweit viertwichtigste Exportmarkt für bayerische Produkte. Angesichts dessen geht das ifo Institut davon aus, dass ein unregelter Brexit die Wirtschaftsleistung Bayerns um etwa 1,4 Mrd. Euro pro Jahr schmälern würde.

Zu den Folgen für weitere Bereiche, wie beispielsweise Wissenschaft und Forschung, Innere Sicherheit, Steuern, Verkehr u. a., wird auf den genannten Bericht vom 29.11.2017 Bezug genommen.

Angesichts der weiterhin bestehenden Möglichkeit eines „no deal“-Brexits müssen sich alle Betroffenen auf dieses Szenario einstellen und hierfür Vorsorge treffen. Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten unterstützen und begleiten die Ressorts der Staatsregierung dies aktiv. Darüber hinaus werden auch die verwaltungsinternen Vorbereitungen auf einen „no deal“-Brexit intensiviert